

# WORTWECHSEL

BÜRGER INFORMIEREN BÜRGER | AUSGABE SEPTEMBER 2020

**CDU** Stadtverband  
Wörth a. Rh.

## Hallenbad: CDU fordert Schulterchluss im Kreis

### Kurz zur Sache

CDU: Hallenbad vorläufig  
erhalten!

Gerichte bestätigen: Land lässt  
Kommunen im Stich

Bäderlasten im Kreis  
verteilen

### LESEN SIE AUCH

#### KOSTE ES, WAS ES WOLLE:

- Hallenbad kaputt reden • Kombibad ist die Lösung
- Lebenswerterer Altort in Wörth • Sackgasse in der Hafestraße
- 06 | Corona wird zur Finanzkrise
- 07 | Gesundheitszentrum Schaidt • Bauplätze in Büchelberg
- 08 | Nur Bürgermeisters Meinung zählt – auch heiße Luft?



## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Welt in Atemnot - ein Virus formt das Gesicht der Gesellschaften rund um den Globus. Lebensverhältnisse und Stile verändern sich. Das sind Entwicklungen, die auch in der Stadt Wörth erfordern, vieles anders, auf jeden Fall neu zu bewerten. Nachfolgend möchten wir Sie gerne über unsere Sicht der Dinge in unserer Stadt informieren.

Covid 19 zum Trotz: Wir wollen unsere Stadt weiterentwickeln. Aber nicht zu jedem Preis. Risiken müssen dabei überschaubar und beherrschbar bleiben. Koste es, was es wolle – nicht mit uns. Gerne greifen wir dazu Ihre Anregungen, Ideen und Meinungen auf.

Ihr

**Klaus Ritter**      **Jürgen Weber**  
Vorsitzender      Vorsitzender  
CDU Stadtverband      CDU Fraktion  
im Stadtrat

### IMPRESSUM

[www.cdu-woerth.de](http://www.cdu-woerth.de)

#### Herausgeber:

CDU Stadtverband Wörth am Rhein

**Redaktion:** Klaus Ritter (ViSdP), Egon Förster

**Bildnachweise:** Archive CDU und Stadtverwaltung Wörth

# Hallenbad kaputt reden – koste es, was es wolle?



**JOHANNES BABILON (CDU-Fraktion im Stadtrat)** „Mit Hilfe des Landkreises sollte es gelingen, das Hallenbad auch für eine Übergangszeit nutzbar zu machen. Unsere Kinder sollen schwimmen lernen können.“

Vor kurzem wurden notwendige Kosten ermittelt, um das Hallenbad auch weiterhin nutzbar zu machen. Wirklich überrascht hat deren Höhe niemand. Wurde doch bereits 1998 der Bedarf ermittelt, der für die Folgejahre anfallen würde.



**ANDREAS EBERLE (Vorsitzender CDU Ortsverband Wörth)** „2016 haben Experten bescheinigt, die Wörther Bäder sind in einem guten Zustand. In vier Jahren kann sich nicht so viel verändern, dass jetzt nur die Abrissbirne bleibt.“



**MARTIN BRANDL (MdL und Fraktionsvorsitzender im Kreistag)** „Kinder sollen schwimmen lernen. Da sich das Land seiner Verantwortung entzieht, kann der Kreis die Stadt Wörth nicht hängen lassen.“

Bürgermeister Seiter, die zuständigen Beigeordneten, der zuständige **Ausschuss** und der **Stadtrat** legten seitdem fast immer **einstimmig** fest, nur **das Notwendigste zu reparieren**. Schließlich schwebt über allem der Wunsch nach einem Ganzjahresbad. Deshalb sollte - wie jetzt auch aktuell - **kein Geld unnötig** ausgegeben werden.

Die Kosten für eine Sanierung wurden in einem Gutachten von 2016 bestätigt. Dabei wurde festgestellt, „**die Wörther Bäder sind in einem guten Zustand.**“ „Im Gegensatz zu vielen anderen vergleichbaren öffentlichen Schwimmbädern“. Jetzt wird das Bad schrottreif geredet. Steckt dahinter Absicht? Stört das Hallenbad vielleicht große Visionen?

## CDU: Hallenbad vorläufig erhalten

Ist der Aufwand für die **notwendige Sanierung** in Höhe von **jährlich** rund **240.000 €** in den nächsten fünf Jahren vertretbar? Aus Sicht der CDU schon. Vor allem, wenn der **Landkreis** wie gefordert Wörth **nicht allein** stehen lässt. Denn der Kreistag hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Mit ihr soll untersucht werden, wie die Schwimmfähigkeit der Kinder im Landkreis dauerhaft deutlich verbessert werden kann. Darauf haben **Landrat Fritz Brechtel** und **Landtagsabgeordneter Martin Brandl** als CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag hingewiesen. Die Studie dient auch dazu, die Forderung der Wörther CDU zu prüfen. Die möchte den Kreis bei den Kosten der Bäder beteiligt sehen.

## Gerichte bestätigen: Land lässt Kommunen im Stich

Abgelehnt hat bisher die Landesregierung die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion. Die möchte die Schwimmbadinfrastruktur im Land gesondert unterstützen lassen. Denn coronabedingt werden bei den Bädern im Land noch höhere Defizite als bisher entstehen. Wegen der Zugangsbeschränkungen und Hygienekonzepte. Umso mehr ist das **Land** gefordert, die **Kommunen** finanziell **ausreichend auszustatten**.

Dazu wurde die Landesregierung in mehreren Gerichtsurteilen verpflichtet. Die CDU hatte das im Landtag schon lange gefordert. Um die Schwimmfähigkeit der Kinder zu verbessern, bedarf es ausreichender Wasserflächen, damit genügend Kurse und Unterricht angeboten werden können. Die **CDU-Kreistagsfraktion** wird deshalb beantragen, eine **finanzielle Förderung für Schwimmunterricht** einzuführen. Eigentlich wäre das Aufgabe des Landes.

## CDU: Landkreis soll einspringen – Konzept Kreistagsfraktion

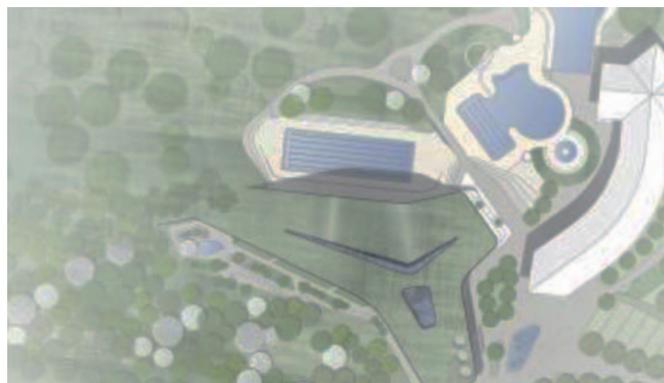
Nach der Idee der Kreis-CDU soll jedem Schwimmbadbetreiber pro Schüler für jede Unterrichtsstunde eine **Pauschale von Fünf Euro** gewährt werden. Den Berechnungen der CDU zufolge könnten im Optimalfall Schwimmbadbetreiber jährlich bis zu 200.000 € Erlösen. Damit sollen Anreize entstehen, mehr Zeiten für Unterricht und Kurse zur Verfügung zu stellen. Die Regelung könnte dazu dienen, perspektivisch den Weg in einen **Zweckverband kommunaler Schwimmbäder** im Landkreis zu ebnen. So die Vorstellung der CDU. Damit ließen sich erhebliche Synergieeffekte beim Personal, beim Einkauf und der Vermarktung erzielen.

## Bäderlasten im Kreis verteilen

Die **Lasten** bleiben damit nicht allein an Wörth hängen. Sie werden auf jeden Fall auf alle Gemeinden verteilt. Landtagsabgeordneter **Martin Brandl** appelliert deshalb an die Verantwortlichen der Stadt Wörth, das **Hallenbad weiter offen** zu halten, bis ein Neubau erfolgt ist. Die Wörther CDU möchte das Hallenbad jedenfalls nicht einfach aufgeben. Es liegt nun an den Grünen und der SPD, hier für eine Mehrheit zu sorgen, damit auch in den nächsten Jahren im Winter geschwommen werden kann. Nur weil das Hallenbad stört, um Visionen auf dem Dorschberg und dem Schaufelegeleände zu verwirklichen, darf diese Einrichtung nicht leichtfertig plattgemacht werden.

# Kombibad ist die Lösung? Koste es, was es wolle?

Noch älter als das Wörther Freibad ist die Behauptung: Ein Ganzjahresbad beim Badepark ist wirtschaftlicher. Durch keine Untersuchung wird das belegt. Im Gegenteil: **Das Ganzjahresbad war und wird nicht günstiger**. Weil dafür erheblich höhere Investitionen notwendig sind und viel Substanz am Hallenbad vernichtet werden würde. Das haben auch die letzten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ergeben. Danach beträgt der Mehraufwand für ein Kombibad mehr als 400.000 € jährlich. Die CDU verkennt nicht die Vorteile eines Ganzjahresbads. Die Pläne dafür lassen sich aber nur dann



Kombibad: Nebulös verschleiert oder unrealistischer Wunschtraum?

**verwirklichen**, wenn die **Prüfung der Kostenberechnung** die bisherigen Annahmen von **rund 20 Mio Euro** bestätigt und diese nicht allein von der Stadt finanziert werden.

### NINA WEBER (JU Vorsitzende)

*„Ein Ganzjahresbad bietet Vorteile beim Betrieb und beim Angebot. Die hohen Investitionen kann die Stadt nur stemmen, wenn andere sich daran beteiligen.“*



Am Willen, die aufzubringen, darf gezweifelt werden. Was ist jemand eine Schwimmmöglichkeit wert, wenn schon der Aufwand gescheut wird, das Hallenbad nutzbar zu machen? Ob er dann bereit ist, die Investitionen für das Kombibad zu rechtfertigen? 240.000 € für das Hallenbad wurden ermittelt. Hochrechnungen zufolge ist mit 20 Mio Euro für das Kombibad zu rechnen ...

	Zwei Bäder €	Kombibad €
Ohne Zins-/Afa	-797.900	-1.098.200
Mit Zins-/Afa	-1.756.300	-2.192.700

Modellrechnung der Jahresverluste im Vergleich

# Ein lebenswerterer Altort in Wörth! Koste es, was es wolle?



**STEFAN KUHN (Fraktionsvorsitzender im Ortsbeirat)** „Der Altort von Wörth soll lebenswerter werden. Dazu bedarf es keiner Abstufung der Landesstraße. Die kostet die Stadt und ihre Bürger nur Geld.“

Unbestritten: Im Altort soll sich was tun. Nachdem die „Schrankenlösung“ trotz und nach viel medialem Getöse blamabel gescheitert ist, ergibt sich aber eine neue Ausgangslage. Denn nunmehr ist es denkbar, den gleichen Nutzen zu erzielen - auch **ohne die Landesstraße abzustufen**.

Aber: Auch bei Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen **lässt** der dafür zuständige **Landesbetrieb** innerorts zwar keine Schranken, mittlerweile aber einen **verkehrsberuhigten** Ausbau zu.

Beispiele finden sich dafür in der näheren Umgebung in Bellheim und Kandel. Letztlich muss eine Straße ausreichend leistungsfähig sein, damit der Verkehr für alle Teilnehmer leicht und sicher abgewickelt werden kann.

Es dürfte landesweit **einmalig** sein: **Eine Gemeinde „bettelt“** darum, **eine Straße in die eigene Baulast übernehmen** zu dürfen. Die Verwunderung darüber ist groß. Das soll Anlass zum Feiern sein!? Weil sich was im Altort tut!? Wollen das die Bürger in Wörth wirklich? Die CDU würde gerne mitfeiern. Allerdings zu wesentlich geringeren Kosten. Denn es geht auch günstiger:

## CDU Stadtratskoalition

-   1. Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer
-   2. Umgestaltung des Altorts
-   3. Verkehrsberuhigung
-   4. Querungshilfe an der Kirche
-   5. Mehrkosten für die Stadt
-   6. Höhere Ausbaubeiträge für die Eigentümer im Ortsbezirk

Für die Ziele 1 bis 4 ist die Übertragung der L540 vom Land auf Wörth **nicht** notwendig! Koste es, was es wolle?

Für die Umgestaltung von Straßen muss die Stadt sogenannte Ausbaubeiträge von den Grundstückseigentümern erheben.

Für **ein Grundstück (600 m<sup>2</sup>)** würde - je nachdem, ob es **nach dem Willen der Stadtratsmehrheit und des Bürgermeisters** geht - anfallen:

Ausbaumaßnahme	Baukosten* €	Beitrag <b>mit</b> Abstufung L 540	Beitrag <b>ohne</b> Abstufung L 540
Ludwigstraße	1,3 Mio	330,00 €	100,00 €
Luitpoldstraße	1,3 Mio	330,00 €	100,00 €
Bahnhofstraße	1,4 Mio	340,00 €	120,00 €
		1.000,00 €	320,00 €

Weitere Kosten kommen auf den Grundstückseigentümer zu, wenn der Wert eines Grundstücks im Rahmen einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme steigt. In Offenbach bei Landau wurden dabei zwischen **3 und 30 € pro qm** und vereinzelt sogar mehr fällig.

\* Grundlage: Kostenannahme Ottstraße 1 Mio €

# Sackgasse in der Hafestraße – Koste es, was es wolle?

Der Sommer nähert sich seinem Ende. Im Herbst möchten noch mehr Radtouristen die herrlichen Rheinauen genießen. Auch Pendler wollen den notorisch störenden Staus im Bereich der Rheinbrücke entgehen und steigen auf das Fahrrad um. Kommen sie aus Gebieten nördlich der Stadt stoßen sie ebenso an Grenzen wie Radfahrer aus Wörth und Maximiliansau, wenn sie den Wörther Hafen erreichen.

Dort ist nämlich die gleichnamige Straße seit einiger Zeit gesperrt. Die Sicherheitsbedenken, die dafür den Ausschlag gaben, sind nachvollziehbar und auch gerichtlich bestätigt. Dagegen ist es nicht verständlich, weshalb eine Ersatzlösung trotz großzügiger Angebote noch immer nicht auf den Weg gebracht wurde.

Die zuletzt ausgewiesene Ausweichstrecke über den Bermenweg aus Maximiliansau ist lediglich ein Provisorium. Begegnungsverkehr ist dort jedenfalls nur bedingt unter erheblichen Sicherheitseinschränkungen möglich, da es nur punktuelle Ausweichmöglichkeiten gibt. Die werden aber vermehrt abseits auf dem Deich gesucht und dabei dessen Beschädigung billigend in Kauf genommen. Nur so lässt sich auch der Mindestabstand zu Fahrrädern, der neuerdings nach der Straßenverkehrsordnung zwei Meter betragen soll, einhalten.

## Hafestraße: Sperrung nicht zu vermeiden

Eine Anfrage dazu, was die Stadt dagegen unternehmen wird, hat der Bürgermeister wie folgt beantwortet: „Das ist genau das, was wir nicht wollten. Wir sind in Gesprächen mit dem Betreiber und dem Land, um die Hafestraße wieder zu öffnen.“

Dazu ein paar Fakten, die zu einer realistischeren Einschätzung der Sachlage besser passen, als die von Wunschdenken verzerrte Sicht im Rathaus.

■ Stapler und Container zu bewegen sind ein Sicherheitsrisiko. Gleichzeitig öffentlichen Verkehr zuzulassen ist unverantwortlich. Diejenigen, die anderer Meinung sind, weil bisher noch nichts passiert ist, sind die Ersten mit Vorwürfen, man hätte es wissen müssen, wenn es zu Unfällen kommt.

■ Wegen der Sperrung ist eine Sackgassen-Situation entstanden. Die hätte vermieden werden können. Seit 26.10.2012 gibt es einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan, eine parallele Straße neben der Hafestraße zu bauen. Seit 2016 lag eine Vereinbarung unterschriftsreif vor, in der sich ein Industriekonzern bereit erklärte, 50% der Baukosten zu tragen. Den Rest sollte die Stadt übernehmen.

**EGON FÖRSTER (Vorsitzender CDU Ortsverband)** „Die Sperrung der Hafestraße konnte nicht umgangen werden. Ein Ersatzweg könnte schon längst auf dem Weg sein. Dazu müsste der Bürgermeister aber seine Bremse lösen.“



## Nach 4 Jahren wartet Lösung noch immer

Das war dem Nachfolger des früheren Bürgermeisters nicht ausreichend. Deshalb zettelte er einen Rechtsstreit an, um die Hafestraße offenzuhalten. Der Hinweis der CDU, dass man sich doch besser an einen Tisch setzt und versucht sich zu einigen, wurde in der Rheinpfalz ins Lächerliche gezogen (RP 13.10.2017).

■ In einem Beschluss vom 05.07.2017 hat das Verwaltungsgericht Neustadt eine Sperrung der Hafestraße als rechtens befunden. Darin wird als Ausweichroute die Straße am Deich als Notlösung angegeben.

■ Das Oberverwaltungsgericht Koblenz bestätigt durch Beschluss vom 01.12.2017 die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt, wonach die Sperrung der Hafestraße rechtens ist.

■ Das Verwaltungsgericht Neustadt bestätigte im Oktober 2018 im Hauptsacheverfahren die Sperrung der Hafestraße für allgemeinen Verkehr ist rechtens. Dazwischen gab es immer wieder mal Gespräche und Schreiben, mit dem Ziel, Regelungen über Ausnahmen und Provisorien zu treffen.

■ Im September 2019 bietet das Land Rheinland-Pfalz an, die Kosten einer Parallelstraße zu übernehmen. Man würde auch am Konzept arbeiten, um die Straße im FFH Gebiet bauen zu können. Im Gespräch mit den Beteiligten lehnt der Bürgermeister diesen Vorschlag ab, er möchte eine Öffnung der bisherigen Straße.

## Die Folgen

- Die Hafestraße bleibt weiterhin geschlossen. Dazu gibt es entsprechende Gerichtsurteile, die nicht ignoriert werden können.
- Die Leidtragenden sind die Bürger von Maximiliansau. Sie können ebenso wenig einen Teil des Radweges nutzen wie die von Wörth.
- Mittelfristig kann es sogar aus anderem Grund zum Teil noch erheblicher zu Nachteilen für die Wörther kommen. Das gilt für den Fall, dass der Deich bricht.
- Insoweit sind die provisorischen Ausweichstrecken genauso Ausdruck von mangelndem Verantwortungsbewusstsein wie die Weigerung, die Sperrung der Hafestraße als rechtmäßig zu akzeptieren.



---

# Aus Corona - wird Finanzkrise – für die Stadt zum ungünstigen Zeitpunkt

Mehr als 30 Mio. Euro Plus hatte die Stadt auf dem Konto, als Bürgermeister Harald Seiter Ende Juni 2016 nach 36 Jahren im Amt in den Ruhestand verabschiedet wurde. Die Stadtkasse war damit so prall gefüllt wie bei seinem Amtsantritt. Mittlerweile steht die Stadt mit bald 30 Mio. Euro im Minus. Denn zwischenzeitlich mussten hohe Kreisumlagen gezahlt und immense Gewerbesteuererinnahmen zurückerstattet werden.

Daneben wurde bisher mit viel Aufwand wenig bis nichts bewirkt. Denn die Prüfung der einen oder anderen Vi-

**THOMAS PFIRRMANN (CDU Fraktion Stadtrat)** „Rund 60 Millionen Euro hat die Stadt weniger in der Kasse als 2016. Millionenschwere Visionen umzusetzen, ist mit höchst spekulativen Risiken verbunden. Für die CDU müssen die beherrschbar bleiben. Ansonsten Finger weg von Visionen.“



sion, des einen oder anderen Konzepts, Versuche, die Umsetzung eines Wahlprogramms nachzuweisen – haben bisher nur Geld gekostet. Für die Entwicklung des Schauffelegeländes, für die Prüfung und Umsetzung der „Schrankenlösung“, für die bauliche Entwicklung auf dem Dorschberg, für die Verlegung der Sportanlagen, ..... Die Reihe an Konzepten, Gutachten, Untersuchungen lässt sich locker fortsetzen. Auch die Kosten dafür. Mutmaßlich, dass hier alles in allem ein hoher sechsstelliger Betrag, wenn nicht mehr, zusammenkommt. Geld für Visionen und Träume. Die zu platzen drohen.

Es gibt Prognosen, nach denen die Stadt Schulden von 100 Millionen Euro zu erwarten hat. Das ist beängstigend. Umso mehr ist jedes Projekt, jede Vision und deren Umsetzung auf den Prüfstand zu stellen, zumindest aber kritisch zu begleiten. Aus Verantwortung und Sorge um die Zukunft unserer Stadt. Sie braucht keine Denkmäler, schon gar keine Ruinen, die der Bürger bezahlt.

# Bangen um Gesundheitszentrum Schaidt?



Große Hoffnungen für Schaidt und den ganzen Viehstrich werden in ein Gesundheitszentrum gesetzt. **Artur Ziegler** will es als **privater Investor** auf dem Gelände eines ehemaligen Sägewerks entwickeln. In zwei Häusern sollen **30 seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen** entstehen, in einem weiteren Gebäude sollen **Arztpraxen und ein Reha-Zentrum** einziehen.

Das Grundstück mit einer Gesamtfläche von 5.600 Quadratmetern hat Ziegler schon lange erworben. Auch die planerischen Voraussetzungen sind geschaffen, der Bebauungsplan wurde im Stadtrat beschlossen und auch

genehmigt. Das Projekt wurde **2018** mit **rund 12 Millionen Euro** veranschlagt.

Mit dem Bau hätte es schon vor über einem Jahr losgehen sollen. Coronabedingt ist es jetzt zu Verzögerungen gekommen. Auch für die CDU ist das Zentrum ein wichtiges Projekt. Selbst, wenn die Stadt sich nicht finanziell beteiligen kann. Der Investor sollte aber in den **aufwendigen Genehmigungsverfahren jedwede unterstützende Begleitung durch die Verwaltung erfahren**. Nur so lässt sich nach Auffassung der CDU der Optimismus des Investors rechtfertigen, das Projekt auch in schweren Zeiten umzusetzen.

---

## Dringend notwendig: 10 Bauplätze in Büchelberg

Immer wieder fragen junge Familien in Büchelberg nach, bis wann Baugrundstücke zu Verfügung stehen. Gerade diese jungen Familien halten den Ortsbezirk lebendig und sind unerlässlich für den Erhalt der so wichtigen Einrichtungen wie Grundschule und Kindertagesstätte.

Schon seit Jahren drängt die CDU auf die Umsetzung der Planungen für **das Baugebiet Wiesengrund** Teil B. Anträge im Ortsbeirat und Anfragen bei der Stadtverwaltung haben hier gerade in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass das leider schleppend verlaufende Verfahren forciert wird. Zuletzt hatten sich die städtischen

Gremien im Frühjahr mit der Offenlage der Pläne für die **10 Bauplätze** befasst. Sie sollen **im nächsten Jahr** erschlossen werden. Gerade junge Familien warten darauf.

**STEFANIE GERSTNER**  
(Ortsvorsteherin  
Büchelberg) „Das  
Baugebiet Wiesengrund muss endlich umgesetzt werden, damit junge Familien nicht abwandern.“



# Nur Bürgermeisters Meinung zählt – auch heiße Luft?

Für Demokratie ist auch Meinungsfreiheit wichtig. Allerdings nicht nur, wenn sie einem persönlich passt. **Meinungen gehören insbesondere aber nicht ins Amtsblatt.** Schon gar nicht, wenn dabei nur eine Seite zu Wort kommt. Wer seine Meinung veröffentlicht, um die von anderen zu unterbinden und dabei sein Amt nutzt, setzt sich dem Vorwurf des Missbrauchs aus. Erst recht, wenn es abgelehnt wird, eine Stellungnahme der an den „Pranger“ gestellten und kriminalisierten „Beschuldigten“ abzudrucken.

Die Veröffentlichung einer „persönlichen Erklärung“ wie im Amtsblatt vom 28.05.20 ist beispiellos und einmalig. Umso mehr stellen sich deshalb Fragen: Was soll von einem Bürgermeister gehalten werden, der sich

über angeblich „niederträchtige“ „üble Nachreden“ beschwert? Der Kritik an seiner Amtsführung mit der Unterstellung gleichsetzt, seinen Amtseid zu verletzen? Der verpflichtet ihn auf Recht und Gesetz. Dazu gehört aber auch die Kommunalverfassung und die Rechtsprechung dazu. Ist es mit einem Amtseid zu vereinbaren, wenn sich ein Bürgermeister weigert, diese zur Kenntnis zu nehmen?

Im „politischen Meinungskampf“, an dem sich ein Bürgermeister beteiligt, gehört es zum täglichen Geschäft, auch über Kompetenzen, Zuständigkeiten und demokratische Prinzipien zu streiten. **Das muss ein Amtsinhaber auch aushalten.**

## Im Amtsblatt so nicht:

### Persönliche Erklärung von Bürgermeister Dr. Nitsche zu Unterstellungen auf Facebook

Nach inzwischen mehrfachen einschlägigen Äußerungen auf Facebook durch Mitglieder verschiedener Fraktionen des Stadtrates sowie zuletzt der beiden Ortsvereine Maximiliansau und Wörth der CDU sehe ich mich genötigt, öffentlich Stellung zu den unterstellten Vorwürfen zu beziehen. Die jüngste diesbezügliche Verlautbarung ist hier abgedruckt zum besseren Verständnis für die Leserinnen und Leser:

#### Auszug aus Facebook:

CDU

Wieder einmal hat Bürgermeister Dr. Nitsche es für nötig befunden die Presse vor einer Stadtratssitzung zu informieren.

Nur zur Erinnerung, ja es gibt noch einen gewählten Stadtrat.

Und Vorlagen zum Thema BADEPARK sollten erst in den Gremien besprochen werden, bevor Sie in der Presse veröffentlicht werden.

Nur so kann eine freie Entscheidung durch die Ratsmitglieder getroffen werden.

Corona Krise entschuldigt nicht alles

www.die-südpfalzgestalter.de



**HANS-JOACHIM BALDAUF**  
(Ortsbeirat, Vorstandsmitglied CDU Ortsverband)  
*„Meinungen verbieten, das Amtsblatt missbrauchen, Mandatsträger kriminalisieren und mit dem Staatsanwalt drohen: Verdient sich ein Bürgermeister damit den Respekt, den er für sich reklamiert?“*

Das bestätigt auch die Rechtsprechung. Staatsanwälte und Gerichte hätten viel zu tun, wenn sie sich wegen der subjektiven Empfindlichkeit von Beteiligten mit dem Kompetenzgerangel des politischen Alltags beschäftigen müssten.

**Mit einer „persönlichen Erklärung“** - wie in der Pfingstausgabe des Wörther Amtsblatts veröffentlicht - verletzt ein Bürgermeister das Neutralitätsgebot. Er grenzt unzulässig Vertreter anderer Meinungen pflichtwidrig aus. Belege für ein seltsames Amtsverständnis sind auch ständige Drohungen, die Staatsanwaltschaft einzuschalten.

Die sollte ein Bürgermeister entweder wahr machen oder gefälligst unterlassen. Von heißer Luft und Schaumschlägerei lässt sich jedenfalls niemand beeindrucken. Die Absicht, einzuschüchtern und andere Meinungen zu unterbinden, ist dafür zu leicht erkennbar. Auch die Heuchelei, sich über Vorwürfe zu beschweren, undemokratisch zu handeln. **Zur Demokratie gehört auch Meinungsfreiheit. Nicht nur die Freiheit der eigenen Meinung.**